

Ausstieg aus der Kernenergie in Deutschland – aktuelle Entwicklungen

„Energiewende konkret“ 14.07.2016

Abschalten – und das war's?



Rückbau und Endlagerung: Wer ist verantwortlich?

- Verantwortung des **Betreibers** lt. Atomgesetz § 9a, Absatz 1:

„Wer Anlagen, in den mit Kernbrennstoffen umgegangen wird, errichtet, betreibt, sonst inne hat, wesentlich verändert, stilllegt oder beseitigt (...) hat dafür zu sorgen, dass anfallende radioaktive Reststoffe sowie ausgebaute oder abgebaute radioaktive Anlagenteile (...) schadlos verwertet oder als radioaktive Abfälle geordnet beseitigt werden.“

- Verantwortung des **Staates** lt. Atomgesetz § 9a, Absatz 3:

„(...) der Bund hat Anlagen zur Sicherstellung und zur Endlagerung radioaktiver Abfälle einzurichten.“

Endlagersuche: Wohin mit den Abfällen?

Derzeit wird radioaktiver Abfall aus Energieerzeugung, Forschung und Medizin an vielen Standorten in Deutschland zwischengelagert. „Atomausstieg“ bedeutet gegenwärtig, dass beim Rückbau der Anlagen weiterer Abfall anfällt, der auf mehr oder weniger lange Zeit dezentral gelagert werden muss, da es bisher keine Endlager gibt.

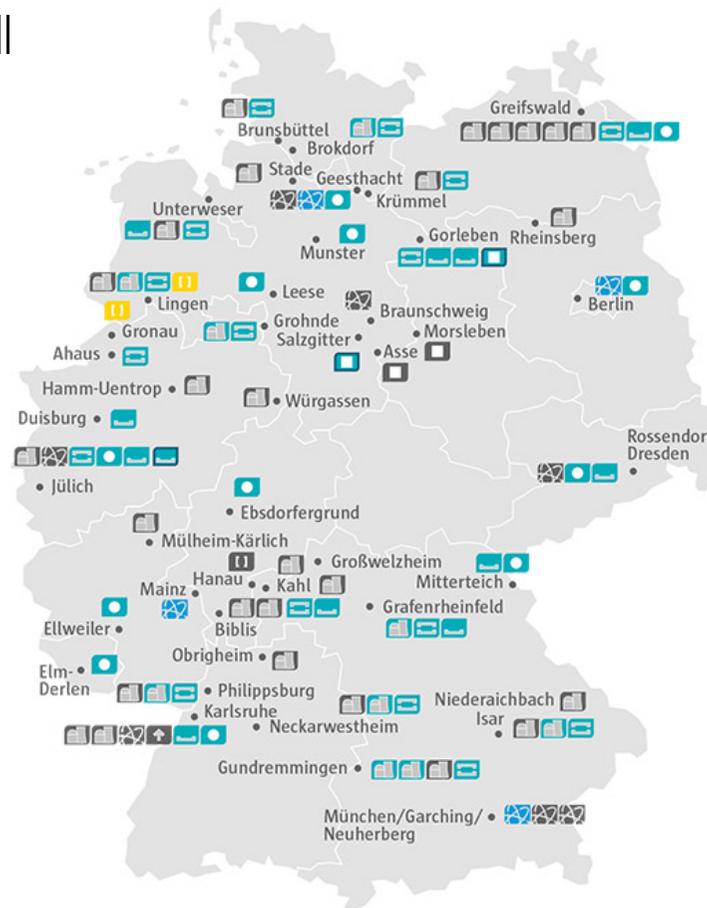


Abb. 3
Kerntechnische Anlagen in Deutschland

- Kernkraftwerk
- Forschungsreaktor
- Zwischenlager nach § 6 Atomgesetz
- Kernbrennstoffversorgung
- Endlager
- Entsorgung (z. B. Konditionierungsanlage, Zwischenlager nach § 7 Strahlenschutzverordnung)
- Landessammelstelle
- Wiederaufarbeitungsanlage

■ Errichtung, Erkundung, Planung
■ Endgültig abgeschaltet, in Stilllegung, Stilllegung abgeschlossen

Quellen: BfS; eigene Angaben

www.kernenergie.de

Endlagersuchkommission legt Bericht vor



Übergabe des Berichts der Endlagersuchkommission an
Bundestagspräsident Lammert am 05.07.2016.

Endlagersuchkommission legt Bericht vor

Die Endlagersuchkommission hat am 05.07.2016 nach zwei Jahren Arbeit ihre Empfehlungen zur Suche nach einem Endlager für hochradioaktiven Abfall mit „bestmöglicher Sicherheit“ vorgelegt.

Die Kommission war als Folge der Standortauswahlgesetzes eingesetzt worden, mit dem die Suche nach einem Endlager 2013 auf den Anfang zurückgesetzt wurde.

Eckpunkte der Empfehlungen sind u.a.:

- Empfehlung einer tiefengeologischen Lagerung
- Standortsuche in Salz-, Ton- und Kristallinformationen (Granit)
- Transparenz und Beteiligungsrechte
- Rückholbarkeit über 500 Jahre soll Möglichkeit zur Fehlerkorrektur bieten

Endlagersuchkommission legt Bericht vor

Zwischenlager und mögliche Standorte für ein atomares Endlager



Quelle: faz.net

Atomausstieg – wer trägt die Kosten?

Im Atomrecht gilt, wie auch sonst im Umweltrecht, grundsätzlich das **Verursacherprinzip**. Die Verantwortung für die anfallenden Kosten ist daher u.a. im AtG klar geregelt (vgl. § 9):

Der Bund gibt den regulatorischen Rahmen vor, die Kosten tragen die Betreiber – für Planung, Errichtung und Betrieb der Anlagen, ihre Stilllegung, Rückbau, Verpackung (Konditionierung) von Betriebs- und Rückbauabfällen, behördliche Verfahren, externe Sachverständige, Zwischenlagerung, Transporte, Erkundung und Einrichtung von Endlagern usw.

Hierfür sind **Rückstellungen** gebildet worden, die alljährlich von externen Wirtschaftsprüfern geprüft und ggf. angepasst werden.

Rückstellungsdiskussion im Wandel der Zeit

Ende der 1990er Jahre, in Zeiten knapper öffentlicher Kassen, wurde den Betreibern noch vorgeworfen, sie würden durch **zu hohe Rückstellungen** ihre Steuerlast unzulässig verringern.

Durch Rechtsänderung erzwang die Bundesregierung Schröder/Fischer 1999 eine Reduzierung der Rückstellungen.

Damals ging es um einen Betrag von immerhin **47,5 Milliarden DM**, um den die Rückstellungen verringert werden mussten.

Rückstellungsdiskussion im Wandel der Zeit

„Ein gewaltiges Finanzpolster von fast 74 Milliarden Mark durften Atombetreiber auftürmen, seit 1961 das erste bundesdeutsche Kernkraftwerk in Betrieb ging. (...)

Die goldenen Zeiten wollte [Bundesfinanzminister] Lafontaine schleunigst beenden. Schon 1999 (...) sollen die Energiekonzerne Geld herausrücken (...).

Selbst bedächtige Hochschullehrer ergreifen inzwischen Partei für Rot-Grün: Die Abzinsung, urteilt der Berliner Steuerexperte Theodor Siegel, gehe ‚völlig in Ordnung‘. Einfach ‚absurd‘ findet der Tübinger Betriebswirt Franz Wagner ‚den Klamauk der Atombetreiber‘.“

„Der Spiegel“, 29.03.1999

Rückstellungsdiskussion im Wandel der Zeit

2015 werden den Betreibern dagegen **zu geringe Rückstellungen** vorgeworfen, so Berichte über das Ergebnis eines „Stresstests“ des Bundeswirtschaftsministeriums.

Rückstellungsdiskussion im Wandel der Zeit

„Für die Bewältigung der atomaren Altlasten fehlen (...) bis zu 30 Milliarden Euro. Demnach reichen die (...) Rückstellungen in Höhe von rund 39 Milliarden Euro zwar aus, um die Atomreaktoren in Deutschland zurückzubauen. Für die Endlagerung des radioaktiven Abfalls, für die Suche und den Bau entsprechender Endlager fehlt hingegen noch viel Geld.

Große Teile der Politik plädieren dafür, die (...) Rückstellungen der Unternehmen in einem Fonds zu sichern. (...) Auch die Unternehmen plädieren für eine Fondslösung. Sie erwarten, (...) dass sie nach Auszahlung ihrer Rücklagen aus der weiteren Haftung entlassen werden. Nach ihrer Vorstellung soll sich die Politik um die Endlagerung des Mülls kümmern.“

Der Spiegel, 14.09.2015

KFK-Empfehlungen zur Finanzierung des Atomausstieges



Die Kommission zur Überprüfung der Finanzierung des Kernenergieausstiegs (KFK) hat am 27.04.2016 empfohlen:

-Ca. 19,8 Mrd. EUR (von ca. 38 Mrd. EUR Rückstellungen) sollen bei den Betreibern verbleiben für Stilllegung, Rückbau, Verpackung und Zwischenlagerung.

KFK-Empfehlungen zur Finanzierung des Atomausstieges

- Der Restbetrag soll bis 2022 zzgl. eines „Risikozuschlags“ von 35 % in einen staatlichen Fonds eingezahlt werden, insg. also ca. 23,3 Mrd. EUR.
- Wird das Angebot wahrgenommen, dann ist der „Risikozuschlag“ limitiert. Weitere Mehrkosten müssten ggf. staatlich getragen werden.
- Der Fonds soll mit „Cash“ gespeist werden, Unternehmensanteile o.ä. sind also nicht erwünscht.
- Es ist davon auszugehen, dass die Bundesregierung noch vor der Bundestagswahl 2017 entsprechende rechtliche Regelungen umsetzt.

Einladung: Besuchen Sie uns auch im Internet

Auf unserer Projekt-Internetseite www.perspektive-kruemmel.de stehen Ihnen regelmäßig aktualisierte Informationen rund um die Uhr zur Verfügung:

Die Seite verwendet Cookies. Mehr Informationen finden Sie in dem [Datenschutzhinweis](#)

VATTENFALL

PERSPEKTIVE
KRÜMMELE

Hier startet die Energiewende

Mit der Antragstellung zur Stilllegung und Rückbau des Kernkraftwerks Krümmel beschreibt Vattenfall den Weg, das Kraftwerk rückstandslos zurückzubauen. Auf diesen Seiten werden zum Antragsverfahren, zum behördlichen Genehmigungsverfahren und zur Durchführung des Vorhabens alle spezifischen und begleitenden Informationen aktuell bereitgestellt.

HOME AKTUELLES ENERGIEWENDE KONKRET RÜCKBAU STANDORT DIALOG SERVICE KONTAKT

Suche

PRESSE

24.06.2016
Pressechau

Eine neue Ausgabe der Pressechau steht ab sofort für Sie bereit. Schwerpunkt dieser Ausgabe liegt ganz klar auf der Diskussion zu den während eines Rückbaus anfallenden Abfällen, doch auch ein Blick nach Schweden, wo man wieder vermehrt auf Kernenergie setzen möchte, wird gewagt.

[->> Mehr lesen](#)

10.06.2016
Teilnehmer des KKK-Dialog-Forums machen eine Anlagenbegehung

Das Thema Freimessverfahren bildet den Schwerpunkt der aktuellen Diskussionen im KKK-Dialog-Forum.

Nach einem vorausgegangenen theoretischen Teil nutzten die Teilnehmer des KKK-Dialog-Forum jetzt die Gelegenheit, die einzelnen Stationen des Freigabeverfahrens in der Praxis zu besuchen. Hierzu bot sich an, dies am aktuellen Beispiel der Zerlegung der Alturbinen zu machen.

[->> Mehr lesen](#)

12.06.2016
Teilnahme des KKK-Drachenboot-Teams am Michael Stich Cup

Auch im Jahr 2016 hat das KKK-Drachenboot-Team am Michael Stich Cup teilgenommen. Bei tollem Wetter und guter Stimmung aller Beteiligten fand dieses Event wieder auf der Hamburger Binnenalster statt.

[->> Mehr lesen](#)

26.06.2016
Mit Rasensamen und Gießkanne für Minister Dr. Habeck zum Rückbau der Kernkraftwerke Bunsbüttel und Krümmel

Am 12.05.2016 fand die Betriebsversammlung der Vattenfall Europe Nuclear Energy GmbH (VE-NE) statt. Als Gast durften wir den Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein Dr. Robert Habeck begrüßen, der in seinem Vortrag Worte des Dankes an die Kolleginnen und Kollegen der VE-NE richtete.

[->> Mehr lesen](#)

10.07.2015
Diskussionsveranstaltung „Entsorgung freigegebener“

Ministerium und Betreiber erläutern wichtigen Verfahrensschritt zum Rückbau des Kraftwerks
Pressekonferenz zum

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.